

Die Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern

Die »Wende« in der DDR war das Resultat eines Zusammenspiels vielfältiger externer und interner Faktoren, die letztlich den Zusammenbruch des administrativ-bürokratischen Herrschaftssystems der SED bewirkten und damit den Boden für den Vereinigungsprozess beider deutscher Staaten bereiteten.

Ausgangssituation

Im Zuge der 1985 von Michail Gorbatschow eingeleiteten Reformpolitik [...] war erstmals eine Situation eingetreten, die Raum für eigenständige politische Entwicklungen zuließ. Die in völliger Selbstzufriedenheit erstarrte DDR-Führung sperrte sich jedoch gegen die von Moskau in Gang gesetzten Veränderungen. Dies führte zur Erosion ihrer ohnehin nur schmalen Legitimationsbasis.

Von den Folgen dieses starren Kurses waren ebenso die drei Nordbezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg betroffen. Allerdings ergaben sich aus ihrer geographischen, demographischen und wirtschaftlichen Randlage auch Faktoren, die eine eher systemstabilisierende Wirkung entfalteten. Andererseits bildeten sich in den größeren Städten soziale Konfliktherde heraus, die ins Visier der öffentlichen Meinung gerieten.

Ende der 80er Jahre mehrten sich in nahezu allen Bevölkerungsschichten kritische Stimmen, die die Ineffizienz der Wirtschaft, Mängel in der Versorgung und »Wohnraumlückung«, die Ungleichbehandlung verschiedener Regionen, den Verfall der Innenstädte sowie die rigorose Abschottung zur Bundesrepublik beklagten.

Die kurze Phase der innenpolitischen Liberalisierung im Vorfeld des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik fand ein jähes Ende. Die Stürmung der Berliner Umweltbibliothek vom 24. November 1987 durch ein Kommando des Ministeriums für Staatssicherheit sowie die Verhaftungen vom 17. Januar 1988 am Rande der offiziellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration provozierten landesweite Gegenreaktionen der Opposition, die von nun an auch im Norden der DDR nicht mehr abrisen. Das im November 1988 verhängte »Sputnik«-Verbot stieß selbst innerhalb der drei SED-Bezirksparteiorganisationen auf Widerstand. Dass die herrschende Politbürokratie spürbar an Ansehen verloren hatte, wurde im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 offenbar. Die düster klingenden »Stimmungsberichte« der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit sowie die gestiegene Zahl derer, die die Wahl boykottierten oder gegen den Wahlvorschlag stimmten, bestätigten den allgemeinen Trend in der DDR.

Ausreisewelle

Nachdem die ungarische Regierung am 11. September 1989 die »Grenzsicherungsgemeinschaft« mit den deutschen Genossen gekündigt hatte, eröffnete sich erstmals seit dem 13. August 1961 eine »Exit«-Option, die massenhaft zur Flucht in den Westen genutzt wurde. Von den unmittelbaren Folgen der Ausreisewelle waren die drei nördlichen Bezirke nur in geringerem Maße betroffen. Ungeachtet dessen trugen die westlichen Agenturberichte über die dramatischen Vorgänge an der österreichisch-ungarischen Grenze auch hier dazu bei, dass die Barrieren zwischen den unterschiedlichen Protestpotentialen durchbrachen und immer mehr Menschen dem Regime ihre aktive bzw. passive Loyalität entzogen.

Formierung der Opposition

Als sich in den mittleren und südlichen Bezirken verschiedene oppositionelle Plattformen gründeten, um den überfälligen Reformprozess einzuleiten, waren daran auch einzelne Bürgerrechtler aus dem Norden beteiligt, so z.B. der Schweriner Bauingenieur Martin Klähn beim Neuen Forum, der Greifswalder Studentenpfarrer Arndt Noack bei der SDP und der später als IM enttarnte Rostocker Rechtsanwalt Wolfgang Schnur beim Demokratischen Aufbruch. Trotz der organisatorischen Vielfalt der Opposition gab es wesentliche inhaltliche Übereinstimmungen, die auf die Schaffung einer gesellschaftlichen Alternative im Sinne eines »Dritten Weges« hinausliefen. Für die Mobilisierung kollektiven Protesthandelns kam den vornehmlich im Schutzraum der mecklenburgischen Landeskirche entstandenen Basisgruppen eine Schlüsselrolle zu.

Wie überall im Lande erwies sich das Neue Forum auch in den Nordbezirken als die mit Abstand stärkste und mobilisierungsfähigste Oppositionskraft. Für den entscheidenden Formierungsschub sorgte am 2. Oktober die erste öffentliche Informationsveranstaltung in der Schweriner Paulskirche. Seine nahezu flächendeckende Ausbreitung erfolgte im Rahmen eines weitgehend unkoordiniert verlaufenden Prozesses, der in jeder Kommune seine eigene spezifische Ausprägung erfuhr. In einigen Orten der Region schufen sich die »neuen« politischen Kräfte auch eigene Organisationsformen. Dazu gehörten beispielsweise die Anklamer »Bürgergruppe Wende 89«, die »Vereinigte Bürgerinitiative Sternberg« und die »Initiative 89« in Wismar.

Massenproteste

Nachdem es Anfang September in Leipzig und kurz darauf auch in anderen Städten der DDR zu regelmäßigen Demonstrationen für gesellschaftliche Reformen gekommen war, gewannen die Forderungen der Oppositionsgruppen eine Massenbasis.

Trotz des verspäteten Demonstrationsbeginns fand die Region sehr schnell Anschluss an die allgemeine Entwicklung. Davon kündeten u.a. die mehr als 50 Massendemonstrationen und -kundgebungen, die allein in der zweiten Oktoberhälfte in über 30 Ortschaften erfolgten. Die führenden Repräsentanten von Partei und Staat einschließlich ihrer Statthalter in den Bezirken erwiesen sich als unfähig, in angemessener Weise auf diese Entwicklung zu reagieren, Ausdruck dessen waren die organisierten Jubelfeiern aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR. Der Proteststurm entfaltete schließlich eine solche Eigendynamik, dass er sich weder durch militärische Drohgebärden noch durch das Einschwenken der SED-Spitze auf eine Politik des Dialogs eindämmen ließ.

Zeit der Doppelherrschaft

Der spektakuläre Fall der Mauer am 9. November stellte für den Fortgang der Ereignisse eine entscheidende Zäsur dar. Der Niedergang der Staatspartei hatte nunmehr jenen Punkt erreicht, von dem an es faktisch aussichtslos wurde, ihren Führungsanspruch aufrechtzuerhalten. Damit verschob sich das politische Kräfteverhältnis zugunsten der Bürgerbewegung und ihres spontanen Massenanhangs.

Um ihr politisches Überleben zu sichern, verfolgte die Partei nunmehr eine Doppelstrategie. Einerseits blieb ihr nichts anderes übrig, als sich in das neu entstehende Parteiensystem einzuordnen; andererseits vermochte sie mit dem Regierungsantritt von Hans Modrow auch weiterhin entscheidenden Einfluss auf die politische Entwicklung zu nehmen.

Der formale Rückzug der Partei aus dem Staatsapparat hatte eine Aufwertung der »Volksvertretungen« und ihrer Organe zur Folge. Die bisherigen Ratsvorsitzenden der drei Nordbezirke Eberhard Kühl, Rudi Fleck und Heinz Simkowski vermochten allerdings nicht mehr die ihnen zugedachte »überparteiliche« Rolle auszufüllen. Stattdessen ereilte sie ebenfalls das Schicksal ihrer ehemaligen Mentoren.

Im Winter 1989/90 drohte sich die innere Krise gefährlich zuzuspitzen. Der anhaltende Übersiedlerstrom in die Bundesrepublik, die rasante Talfahrt der Wirtschaft sowie Putschgerüchte, Bombendrohungen und das Aufflackern von Streiks ließen ein allgemeines Chaos befürchten. Während der Staatsapparat an Handlungsfähigkeit einbüßte, war die Opposition weder personell noch konzeptionell in der Lage, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Diese »Pattsituation« veranlasste beide Seiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit. Mit der Einrichtung Runder Tische, die den Vertretern der neuen politischen Bewegungen Mitwirkungsmöglichkeiten boten, verlagerten sich die politischen Aktivitäten. Im Rahmen dieser »Doppelherrschaft« nahmen auch völlig neuartige basisdemokratische Institutionen, wie die Anklamer »Bürgerversammlung«, der Rostocker »Bürgerrat« oder die »Stralsunder 20« ihre Arbeit auf.

Mit dem Untergang der Staatspartei war zugleich auch das Ende ihres Überwachungs- und Repressionsapparates gekommen. Beginnend mit der Enttarnung des Kavelstorfer IMES-Geländes als Drehscheibe des Waffenhandels, setzte eine Kette von Ereignissen ein, die zur spontanen Besetzung der Geheimdienstzentralen in den Bezirken und Kreisen führte. Die endgültige Auflösung der Staatssicherheit als Organ und Struktureinheit wurde am 20. Februar zuerst im Bezirk Schwerin abgeschlossen.

Entscheidung für eine rasche Vereinigung

Seit der Öffnung der innerdeutschen Grenze begann sich innerhalb der Bevölkerung ein Meinungsumschwung abzuzeichnen, der, wenn auch im Norden etwas verhaltener, im kollektiven Ruf nach Herstellung der deutschen Einheit gipfelte. Diese Entwicklung korrespondierte mit den Bemühungen von Politikern und Wirtschaftsvertretern aus der Bundesrepublik, Einfluss auf den Reformprozess in der DDR zu nehmen. Ihren attraktiven Offerten zur Zusammenarbeit auf regionaler und kommunaler Ebene vermochten sich die nur noch eingeschränkt handlungsfähigen Repräsentanten des DDR-Staatsapparates nicht zu entziehen. Mit der Bildung des »Vorläufigen Regionalausschusses des Landes Schleswig-Holstein mit den Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg« wurden konkrete Vorstellungen für die Neuordnung der Verwaltung des künftigen Landes Mecklenburg-Vorpommern entwickelt.

Die Änderung der öffentlichen Meinung führte zu einer Neuformierung der politischen Kräfte. Die Initiatoren der Protestbewegung gerieten dabei zunehmend ins Hintertreffen. Der einsetzende Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wurde von der Präsenz westdeutscher Parteien geprägt, die jeweils für unterschiedliche Varianten der deutsch-deutschen Vereinigung eintraten. Mit dem klaren Sieg der Allianz für Deutschland setzten sich jene Kräfte durch, die für den schnellen Beitritt der DDR plädierten. Wie die Wahlergebnisse zeigen, galt dies auch für die Nordbezirke. Obwohl die CDU auch hier zur stärksten Kraft wurde, schnitten SPD, PDS und Bauernpartei jedoch deutlich besser als im Landesdurchschnitt ab.

Fazit

Im Rückblick betrachtet, waren für die »Wende« im Norden besonders zwei Phänomene charakteristisch: zum einen der gänzlich friedliche Verlauf der Ereignisse, zum anderen die erstaunliche Vielfalt lokaler Gruppierungen, Gremien und Verfahrensweisen. Auch wenn die Demonstrationen erst mit Verzögerung einsetzten, sind die Ereignisse in den drei Nordbezirken keineswegs als ein bloßes »Nachholen« der Entwicklungen des Südens zu werten: Die erste öffentliche Informationsveranstaltung des Neuen Forums in Schwerin fand bereits sechs Tage früher als in Leipzig statt. Der Güstrower Runde Tisch, der bereits am 6. November gebildet wurde, dürfte wohl einer der ersten überhaupt gewesen sein. Bei der Entmachtung der Staatssicherheit nahmen Orte wie Rostock und Greifswald sogar eine Vorreiterrolle ein. Damit gibt es eine ganze Reihe von Gründen, die es rechtfertigen, von einem eigenständigen Beitrag des Nordens zur »Wende« in der DDR zu sprechen.

Chronologie der Ereignisse (Auswahl)

1. Januar 1989 Streichung der Monatszeitschrift "Sputnik" aus der Postvertriebsliste in Kraft
2. Mai 1989 Beginn des Abbaus der Grenzsicherungsanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze
7. Mai 1989 Kommunalwahl in der DDR
4. September 1989 Friedensgebet in Leipzig, Beginn der Montagsdemonstrationen
- 9./10. September 1989 Gründungsversammlung des "Neuen Forums"
26. September 1989 Gründung der "Initiative 89" zum "Aufbau eines wahrhaft demokratischen Sozialismus" in Wismar
30. September 1989 Verkündung der Ausreiseerlaubnis für die etwa 6.000 Botschaftsflüchtlinge in Prag durch BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher
2. Oktober 1989 erste öffentliche Informationsveranstaltung des Neuen Forums in der Schweriner Paulskirche, Entstehung zahlreicher Basisgruppen
5. Oktober 1989 erste Fürbittandacht in Rostock für inhaftierte Demonstranten aus Leipzig
7. Oktober 1989 Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR; Demonstrationen in 24 Orten
9. Oktober 1989 Montagsdemonstration mit 70.000 Menschen nach Friedensgebet in Leipziger Nikolaikirche ohne Einschreiten der Sicherheitskräfte
11. Oktober 1989 erste Informationsveranstaltung des "Neuen Forums" in Rostock
17. Oktober 1989 "Appell an alle Menschen südlich der Nordbezirke" gegen Entsolidarisierung zwischen Nord- und Südteil der DDR durch Mitglieder des Neuen Forums in Güstrow
18. Oktober 1989 Rücktritt Erich Honeckers von allen Ämtern, Wahl von Egon Krenz als Nachfolger als Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED
23. Oktober 1989 Protestdemonstration gegen SED-Kundgebung mit 40.000 Teilnehmern in Schwerin
24. Oktober 1989 Wahl Egon Krenz' zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates
2. November 1989 Rücktritt des Vorsitzenden des "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" (FDGB), der Vorsitzenden von CDU und NDPD sowie mehrerer 1. Sekretäre von SED-Bezirksleitungen
3. November 1989 Ankündigung des Rücktritts mehrerer Mitglieder des Politbüros
6. November 1989 Zusammenkunft von Kirche, Staatsmacht und Parteien in Güstrow (Auftakt für künftige Rundtischveranstaltungen)
7. November 1989 Rücktritt des gesamten Ministerrates
9. November 1989 Öffnung der Mauer
22. November 1989 Bereitschaft des SED-Politbüros zur Beteiligung am Runden Tisch
1. Dezember 1989 Streichung des Führungsanspruches der SED aus der Verfassung

- 2. Dezember 1989 Erstattung einer Strafanzeige gegen die Kavelstorfer IMES GmbH wegen des Verdachts illegaler Waffengeschäfte durch das Neue Forum
- 4. Dezember 1989 Besetzung der Bezirksbehörden der ehemaligen Stasi u.a. in Erfurt, Rostock, Bad Doberan, Greifswald, Parchim, Stralsund und Templin
- 6. Dezember 1989 Aufruf der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg an alle Bürger zur Teilnahme an Rundtischgesprächen auf allen Ebenen; erste Sitzung des Runden Tisches in Wismar
- 7. Dezember 1989 erste Tagung des Zentralen Runden Tisches der DDR
- 9. Dezember 1989 Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, und dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit; erste Beratung des Runden Tisches in Rostock mit Vertretern von 15 Parteien und Vereinigungen; erste Beratung des Runden Tisches in Rostock mit Vertretern von 15 Parteien und Vereinigungen
- 25. Dezember 1989 Beratungen von Vertretern aus vier Bezirken über Möglichkeiten der überregionalen Zusammenarbeit
- 3. Januar 1990 Beginn des Abbaus der Grenzsicherungsanlagen in Dömitz
- 7. Januar 1990 Demonstration von 10.000 Bürgern für die Souveränität der DDR und gegen neonazistischen Terror in Neubrandenburg
- 8. Januar 1990 Warnung vor rechter Gefahr im Zentrum zahlreicher Montagsdemonstrationen im Norden der DDR
- 15. Januar 1990 Stürmung und Verwüstung der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in der Normannenstraße in Berlin
- 30. Januar 1990 Erklärung des sowjetischen Staats- und Parteichefs, Michail Gorbatschow, die Vereinigung beider deutscher Staaten werde nicht in Zweifel gezogen
- 31. Januar 1990 Konstituierung des "Vorläufigen Regionalausschusses des Landes Schleswig-Holstein mit dem Bezirk Schwerin und dem Bezirk Rostock", Ankündigung der Teilnahme des Bezirks Neubrandenburg
- 5. Februar 1990 Eintritt von acht Oppositionspolitikern als Minister ohne Geschäftsbereich in die "Regierung der nationalen Verantwortung"
- 19. Februar 1990 Kontakte zwischen Bremer Wirtschaftsvertretern und Stadt Rostock mit dem Ziel der Zusammenarbeit
- 20. Februar 1990 Übergabe des Gebäudes des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit an die Justiz nach dessen Auflösung als erstes in der DDR
- 18. März 1990 Wahl der Volkskammer

Quelle: Kai Langer: *Ihr sollt wissen, daß der Norden nicht schläft...: Zur Geschichte der 'Wende' in den drei Nordbezirken der DDR. Bremen/Rostock 1999, (Quellen und Studien aus den Landesarchiven Mecklenburg-Vorpommerns: 3), S. 266-307. Der Text wurde stark gekürzt.*